



**Gabriele Schmidt**  
Mitglied des Bundestages

## „Schmidts Berliner Brief“ 10/16

### I. Das Wichtigste zuerst

#### **Kommunen sind wichtiger Schlüssel zur Integration**

Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern, hat in der AG Kommunalpolitik zum Integrationsgesetz und dessen Auswirkungen für Kommunen berichtet. Der Minister nahm sich eine Stunde lang Zeit, um auch Fragen der Anwesenden zu beantworten. Das Bundesgesetz, das u.a. eine Wohnsitzauflage für Asylbewerber ohne Arbeit beinhaltet, sei eine wichtige Maßnahme, müsse jedoch auch von den Ländern in die Praxis umgesetzt werden. Die Wohnsitzauflage ist ein wichtiges Instrument, um die Situation in den Ballungsräumen, die die Integration hemmen, zu entschärfen. Letztendlich findet die Integration weitgehend in den Kommunen statt.

Zurecht verwies der Minister darauf, dass der Personalbestand in den Ausländerbehörden dringend aufgestockt werden muss. Die Ursache dafür liegt nicht im Integrationsgesetz, sondern in der Anzahl der Flüchtlinge. Denn sowohl Anerkennungen als auch Ablehnungen von Flüchtlingen müssen in den Ausländerbehörden der Länder und Kommunen umgesetzt werden. Hier sind vor allem die Landkreise und die kreisfreien Städte gefordert, sicherzustellen, dass das Personal-Nadelöhr nicht an die kommunale Ebene weitergegeben wird. Für die Länder bedeutet dies wiederum, den daraus entstehenden erhöhten Finanzbedarf der Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich zu berücksichtigen und mit Landesmitteln zu decken.

Das Leitprinzip des Gesetzes heißt „Fördern und Fordern“. Es muss selbstverständlich sein, dass

*Liebe Leserinnen und Leser,*

*herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!*

*Bundespräsident Joachim Gauck hat entschieden, nicht für eine zweite Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Der Respekt vor dem Amt, aber auch gegenüber der Person Joachim Gaucks gebietet es, sich zu diesem Zeitpunkt nicht an öffentlichen Spekulationen über die Nachfolge zu beteiligen. Es geht schließlich um das höchste deutsche Staatsamt.*

*Am Donnerstag haben wir Roland Jahn zum Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wiedergewählt. Die Aufarbeitung des SED-Unrechts ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Union setzt sich wie keine andere politische Kraft für die Aufklärung des SED-Unrechts und eine Entschädigung der Opfer des DDR-Regimes ein.*

*Jonas Baldischwieler aus Lauchringen nahm vom 4. bis 7. Juni an der Veranstaltung „Jugend und Parlament in Berlin teil. Nachwuchspolitiker erhalten dabei die Möglichkeit, in die Rolle von Bundestagsabgeordneten zu schlüpfen (S. 3).*

*Ich freue mich auf die Fußball-Europameisterschaft und das erste Spiel am Sonntagabend gegen die Ukraine. Allen Sportbegeisterten wünsche ich viel Spaß beim Mitfiebern!*

*Herzliche Grüße  
Ihre*



Gegenleistungen sowie Mitwirkung eingefordert werden müssen und die Nichteinhaltung, z.B. Verweigerung der Teilnahme an Integrationskursen, mit Leistungskürzungen einhergehen muss. Damit dies auch tatsächlich geschieht, müssen die Sozialämter und die Ausländerbehörden enger miteinander arbeiten und sich besser absprechen. Eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis wird Flüchtlingen nur dann erteilt werden, wenn sie sich aktiv um Integration bemühen. Auszubildende erhalten für die Gesamtdauer der Lehre eine Duldung, womit wir Rechtssicherheit schaffen und einer Forderung insbesondere des Handwerks



nachkommen. Die Duldung kann um zwei Jahre verlängert werden, wenn die Betroffenen nach erfolgreichem Abschluss der Lehre eine Arbeit haben oder um sechs Monate, wenn sie eine suchen. Um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, soll die Vorrangprüfung für drei Jahre abgeschafft werden. (Bild Mitte: Thomas de Maizière, Bundesinnenminister, rechts: Ingbert Liebing, Vorsitzender der AG Kommunalpolitik).

## II. Die Woche im Parlament (Auszug)

**Erste Lesung Anti-Terror-Gesetz.** Die Zahl der Personen in unserem Lande, denen ein terroristischer Anschlag zugetraut wird, ist deutlich gewachsen und liegt mittlerweile bei fast 500 Personen. Die jüngste Festnahme dreier potentieller Attentäter, die in Düsseldorf einen Selbstmordanschlag geplant haben sollen, ist nach den Anschlägen in Brüssel, Paris und Istanbul ein weiterer Beleg dafür, dass wir potentielle Gefährder genau im Blick haben müssen. Um gefährliche internationale Netzwerke aufdecken zu können, ist ein enger Austausch mit ausländischen Nachrichtendiensten unabdingbar. Mit dem Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus gehen wir einen wichtigen Schritt, um den Austausch von Informationen entscheidend zu verbessern.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kann zukünftig mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten gemeinsame Dateien betreiben, etwa um Reisebewegungen von Dschihadisten zu erkennen und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erfassen zu können. Zugleich treten wir der anonymen Nutzung von Pre-Paid-Karten entgegen, die bei der Kommunikation in kriminellen und terroristischen Strukturen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellt. Die Anbieter solcher Karten müssen künftig die Identität ihrer Kunden, zu deren Erhebung sie bereits jetzt verpflichtet sind, anhand von Identitätsdokumenten überprüfen. Zur Verbesserung des Kampfes gegen die Schleuserkriminalität erhält die Bundespolizei zur Gefahrenabwehr die Möglichkeit, verdeckte Ermittler einzusetzen. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Außerdem werden die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung erweitert. Nachdem wir national und europäisch bereits verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung

des Terrorismus ergriffen haben, werden wir auch dieses Anti-Terror-Gesetz im parlamentarischen Verfahren zügig behandeln. Maßnahmen, die unsere Bürger besser schützen, haben höchste Priorität.

### III. Sonstiges

#### 1. Jonas Baldischwieler aus Lauchringen bei Jugend und Parlament in Berlin



Früh übt sich. Jonas Baldischwieler aus Lauchringen nahm an der diesjährigen Veranstaltung „Jugend und Parlament“ teil. „Es ist eine großartige Möglichkeit, selbst in die Rolle eines Politikers schlüpfen zu dürfen“, sagte der 21-jährige. Der Abiturient und JU-Ortsverbandsvorsitzende Lauchringen arbeitet derzeit in einem Unternehmen, bevor er sein Studium der Wirtschaftspsychologie im Oktober beginnt.

315 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet, die von Mitgliedern des Bundestages nominiert wurden, haben in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren nachgestellt. Die Teilnehmer übernahmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und haben vier Gesetzesinitiativen simuliert. Zur Debatte standen Entwürfe zur Festschreibung von Deutsch als Landessprache im Grundgesetz, zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen, zur Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahelien sowie zur Verbesserung des Tierschutzes in der Landwirtschaft.

#### 2. Gesprächskreis Lateinamerika – Delegation aus Venezuela

Im Rahmen des Gesprächskreises Lateinamerika trafen wir sechs Parlamentarier des Oppositionsbündnisses „Mesa de Unidad Democrática“ aus Venezuela. Das Bündnis hat die jüngsten Parlamentswahlen sensationell mit Zweidrittelmehrheit gewonnen. Die Minderheitsregierung unter Nicolao Maduro herrscht dennoch weiter mit undemokratischen





Mitteln. Repressalien und Angriffe gegen die Parlamentarier sind an der Tagesordnung. Die Regierung wehrt sich gegen das von der „Opposition“ angestrebte Abberufungsreferendum. Die Delegation schilderte mit deutlichen Worten die tiefe soziale Krise des Landes. Die Hälfte der Bevölkerung hätte nur einmal am Tag zu essen, es fehlen 80% der benötigten Medikamente und die Chavisten verhindern internationale Hilfe. Trotz des riesigen Erdölvorkommens ist das Land hochverschuldet, die jungen Leute wandern in andere Länder ab, um der Armut und Perspektivlosigkeit zu entfliehen.

Die Delegation hat uns, die deutschen Parlamentarier, eindringlich nach Venezuela eingeladen, um uns ein eigenes Bild vor Ort zu machen. Die Mitglieder lobten ausdrücklich das Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung im Land.

#### IV. Aktuelle Termine/Hinweise

##### 1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 28. Juni, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen**, ein!

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

##### 2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis \(Auswahl\):](#)

- |                  |  |
|------------------|--|
| <b>12. Juni:</b> | • „Tag der Offenen Ausbildung“ mit Bürgermeister Thomas Kaiser Häusern und Rolf Schmidt Bernau, Ausbildungszentrum der Schluchseewerk AG |
| <b>14. Juni:</b> | • „Tag der kleinen Forscher“, Aktionstag der Stoll-VITA-Stiftung, Waldshut   |
| <b>15. Juni:</b> | • mitgliederoffene Kreisvorstandssitzung mit dem Arbeitskreis "Südbaden für alle", Villa Artis, Heitersheim                              |
| <b>16. Juni:</b> | • Feierliche Einweihung des Kunstdenkmals Rothaus „Verstehen ist das Gefühl von Heimat“  |
| <b>17. Juni:</b> | • Kreistag Sozialausschuss, LRA Waldshut   |
| <b>18. Juni:</b> | • Eröffnung Rappenfelsensteig, Grafenhausen-Staufen  |